

Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd. 33/3

2006

DOI: 10.11588/fr.2006.3.45380

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

STEFAN GRÜNER

AMBIVALENTE PARTNERSCHAFT

Neuere Literatur zu den britisch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit¹

Kaum eine Darstellung zur Geschichte der britisch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert vermag bei der Beschreibung ihres Gegenstands ohne den Rückgriff auf signifikante Gegensatzpaare auszukommen. Rivalität und Kooperation, Mißtrauen und Annäherung, Bewunderung und Ressentiment, Machtbalance und Machtverlust bezeichnen einige der gängigen Gegenüberstellungen, die helfen sollen, das komplexe, von widersprüchlichen Erfahrungen, Strategien und Zielen geprägte Verhältnis zu fassen². Zwar fanden die existierenden Gegensätze seit Ende der Napoleonischen Kriege und mit Ausnahme der Jahre 1940–1942 ihren Ausdruck ganz überwiegend auf dem Feld der Politik oder der Diplomatie. Doch blieben die zwischenstaatlichen Beziehungen kaum je frei von Spannungen, selbst zu Zeiten, da das gemeinsame Interesse an effektiver Partnerschaft überwog. Dies trifft besonders auch für die Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen zu. Die Regelung der neuen Friedensordnung und das Verhältnis zu Deutschland, die Völkerbunds- und die Abrüstungsproblematik, schließlich das Auftreten aggressiv revisionistischer Mächte und die zunehmende Destabilisierung des internationalen Systems erforderten Antworten, die die britisch-französische Partnerschaft immer wieder auf Bewährungsproben stellten. Vor allem mit Blick auf die Gründe für den Zerfall der Versailler Ordnung und die gescheiterte Eindämmung der Diktatoren gerieten die Beziehungen der beiden wichtigsten Status-quo-Mächte früh ins Visier der Forschung, wobei eine gewisse Schwerpunktbildung für die erste Hälfte der

- 1 Zugleich Sammelbesprechung der Bände: Maarten L. PEREBOOM, *Democracies at the Turning Point. Britain, France and the End of the Postwar Order, 1928–1933*, New York, u. a. (Peter Lang) 1995, X–239 S. (Studies in Modern European History, 13); Martin THOMAS, *Britain, France and Appeasement. Anglo-French Relations in the Popular Front Era*, Oxford, New York (Berg Publishers Ltd.) 1996, X–268 S.; John HERMAN, *The Paris Embassy of Sir Eric Phipps. Anglo-French Relations and the Foreign Office, 1937–1939*, Brighton, Portland (Sussex Academic Press) 1998, 272 S.; Richard DAVIS, *Anglo-French Relations Before the Second World War. Appeasement and Crisis*, Houndmills, New York, Basingstoke (Palgrave Macmillan) 2001, 232 S.; Marie-Jacqueline POWELL, *The Battleground of High Politics. A Comparative Study of British and French Policies towards Poland and the Baltic States, 1917–1939*, Lewes (The Book Guild) 2003, XV–278 S.
- 2 Vgl. u. a. P.M.H. BELL, *France and Britain 1900–1940: Entente and Estrangement*, London, New York 1996; Robert GIBSON, *Best of enemies. Anglo-French relations since the Norman conquest*, London u. a. 1995; Alan SHARP, Glyn STONE (Ed.), *Anglo-French Relations in the Twentieth Century. Rivalry and Cooperation*, London, New York 2000; Philippe CHASSAIGNE, Michael L. DOCKRILL (Ed.), *Anglo-French relations 1898–1998. From Fashoda to Jospin*, Basingstoke u. a. 2002; Michael DOCKRILL, *British Establishment Perspectives on France, 1936–40*, London 1999; Nicholas ROSTOW, *Anglo-French Relations, 1934–36*, New York 1984. Ein frühes, von großer Nüchternheit geprägtes Resümee der Forschung vor Öffnung der französischen Archive bietet: *Les relations franco-britanniques de 1935 à 1939*, Paris 1975.

1920er Jahre und die erweiterte Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs auffällt³. Umso größeres Interesse dürfen neuere monographische Studien verbuchen, die den Anspruch erheben, die Frage nach der Praxis der britisch-französischen Stabilisierungspolitik von der Warte der bilateralen Beziehungen her mit differenzierteren Antworten zu versehen.

Die Auflösungsphase der Versailler Friedensordnung nimmt Maarten L. Pereboom in seiner an der Yale University entstandenen Dissertation in den Blick⁴. Pereboom bemüht sich, anhand des britisch-französischen Verhältnisses zwischen 1928 und 1933 »perceptions and policies« (S. 5) der Verantwortlichen in beiden Ländern zwischen dem Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes und der Machtergreifung Hitlers zu studieren. Tatsächlich ist damit eine Schlüsselphase thematisiert, in der sich nicht nur im deutsch-französischen Verhältnis⁵ entscheidende Weichenstellungen ergaben: Die Weltwirtschaftskrise und ihre phasenverschobenen Wirkungen in Frankreich und Großbritannien veränderten mittelfristig die machtpolitische Basis, von der aus beide Länder Außenpolitik betreiben konnten. Kurzfristig kehrte mit der Reparationsfrage ein älteres britisch-französisches Streitthema unter gewandelten Vorzeichen auf die Tagesordnung zurück, und der Verlauf der Genfer Abrüstungsgespräche in den Jahren 1932–1934 machte klar, daß die deutsche Forderung nach rüstungspolitischer Gleichberechtigung ebenso wie das folgende britische Entgegenkommen in Frankreich auf erhebliche Vorbehalte stießen.

In seinem Untersuchungszeitraum verortet der Verfasser die entscheidende Übergangsperiode, in der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs die Chance zur Sicherung des Friedens in Europa endgültig vergaben. Vor allem anderen, so die Überzeugung Perebooms, hätte eine erfolgreichere Zusammenarbeit Großbritanniens und Frankreichs in der Durchsetzung oder Revision der friedensvertraglichen Regelungen die Möglichkeit eröffnet, Deutschland von weiteren kriegerischen Unternehmungen abzuhalten. Ein wichtiger Wendepunkt der internationalen Beziehungen lag nach Ansicht des Verfassers in der Evakuierung des Rheinlands im Juni 1930, als die Alliierten ihr letztes Faustpfand fahren ließen und dem deutschen Revisionismus den Weg freigaben. Die britische Weigerung, ein weitergehendes sicherheitspolitisches *commitment* auf dem Kontinent einzugehen, das Versagen des Völkerbunds und die verbreitete Kritik am Versailler Vertrag sogar in den Siegerländern hätten dann ein weiteres getan, um die Versailler Ordnung zusammenbrechen zu lassen. In sechs Abschnitten beschreibt der Verfasser zunächst die Ausgangssituation des Jahres 1928, um sich dann der diplomatischen »Liquidierung« (S. 45) der Weltkriegsfolgen, dem vorherrschenden Deutschlandbild in Großbritannien und Frankreich, der Völkerbundspolitik beider Länder und dem Europaplan Aristide Briands zuzuwenden. Den Abschluß bildet eine Darstellung britischer und französischer Reaktionen auf den Machtantritt Hitlers.

So ausgreifend die Thesen und der Ansatz dieser Studie erscheinen mögen, so wenig überzeugend ist doch leider die kompositorische und argumentative Durchführung. Weder die Wahl des Untersuchungszeitraums noch die Position der Arbeit innerhalb der internationalen Forschung werden näher abgegrenzt. Da der Verfasser nicht den Versuch unternimmt, seine Darlegungen in eine diplomatiehistorische Problemgeschichte zumindest der französisch-britischen Beziehungen in der Locarno-Ära einzubetten, bleibt beispielsweise völlig unklar, worin er die vermeintlich überragende Bedeutung der vorzeitigen Rheinlandevakuierung (S. 46) begründet sieht. Ein Bezug zu weiteren denkbaren Zäsuren um 1924,

3 Hierzu etwa Horst MÖLLER, *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998. Zu den entsprechenden Schwerpunkten in der Erforschung der französischen Außenpolitik: Robert W. MÜHLE, *Frankreich und Hitler 1933–35*, Paderborn 1995, S. 14.

4 PEREBOOM (wie Anm. 1).

5 FRANZ KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise*, München 1987.

zur Zeit der Weltwirtschaftskrise oder um 1931/32 wird nicht hergestellt⁶. Dieses Manko ist kein Einzelfall, vielmehr setzt sich die mangelhafte Kontextualisierung des Vorgetragenen auf allen Ebenen der Darstellung fort. Systematische Analysen von außenpolitischen Positionen, Perzeptionen und Diskussionen diesseits und jenseits des Ärmelkanals werden nicht geboten. Stattdessen reiht die Arbeit zeitgenössische Äußerungen mehr oder weniger großer Relevanz aneinander und erhebt sie vielfach ohne nähere Begründung zu repräsentativen Belegen. Zugleich ist das verwendete Quellenmaterial keineswegs dicht genug, um zumindest dem Experten ein eigenes Urteil zu ermöglichen. So erwächst der Eindruck einer Interpretation, die sich in ihrer Anlage und in ihrer argumentativen Struktur vom Postulat eines Idealbilds britisch-französischer Zusammenarbeit leiten läßt, ohne doch jene begrenzten Handlungsspielräume auszuloten, die das vom Verfasser rückblickend geforderte gemeinsame Festhalten an der Ordnung von Versailles de facto unmöglich machten. Demgegenüber wirken die Ergebnisse der Ursachensuche des Verfassers oftmals wenig differenziert: Die französische Presse wird in Anlehnung an ein Literaturzitat als durchwegs korrupt dargestellt, und auch die Verteidigungsanstrengungen des Landes erscheinen gänzlich verfehlt. Das britische Kabinett präsentiert sich in Perebooms Interpretation als eine Gruppe von »müden Männern ohne Ideen« (S. 10), so wie sich nach seiner Einschätzung alles in allem ohnehin keiner der britischen oder französischen Außenpolitiker imstande zeigte, eine der Lage angemessene Politik zu entwickeln (S. 213). Daß eine engere britisch-französische Kooperation schon vor 1933 bessere Chancen eröffnet hätte, die zunehmend aggressive deutsche Außenpolitik in ihre Schranken zu weisen, ist kaum zu widerlegen. Daß es, wie der Verfasser meint, vorwiegend die von Vorurteilen und Ressentiments geprägten »mentalities« (S. 215) der Beteiligten gewesen seien, die den Weg zur Zusammenarbeit verbauten, knüpft freilich allzusehr an vereinfachende, überholte Erklärungsmuster von der Dekadenz des politischen Personals der Zwischenkriegszeit an, um überzeugen zu können. Vor allem aber verstellt eine derartige Deutung die Einsicht in widerstreitende, ja oft inkompatible Interessenlagen der britischen und französischen Außenpolitik nach 1928. Problemkreise erster Ordnung wie die diffizile Abrüstungsfrage werden in der Arbeit Perebooms kaum deutlich. So muß eine fundierte, auf breiter Quellenbasis erarbeitete monographische Darstellung der diplomatischen Beziehungen beider Länder für die ausgehenden 1920er und beginnenden 1930er Jahre nach wie vor als ein Desiderat gelten.

In welch hohem Maße sicherheitspolitische Überlegungen den diplomatischen Diskurs bis zur Mitte der 1930er Jahre überlagerten und prägten, macht die Studie des in Lille lehrenden Historikers Richard Davis deutlich. Er geht den bilateralen Beziehungen Frankreichs und Großbritanniens für den Zeitraum zwischen Frühsommer 1935 und Frühjahr 1936 nach, wobei sein Hauptaugenmerk der »großen Doppelkrise«⁷ im Umfeld des Überfalls Mussolinis auf Abessinien und der Wiederbesetzung des Rheinlands durch Hitler gilt⁸. Sein erklärtes Anliegen ist es, ältere Forschungsannahmen zu relativieren, wonach die vielfach zu Tage tretenden Spannungen im britisch-französischen Verhältnis dieser Jahre vornehmlich anhand fundamentaler außenpolitischer Interessengegensätze zu erklären seien. Vielmehr hätten vergleichbare strategische Präferenzen, innenpolitische Problemlagen und budgetpolitische Zwänge gerade eine starke Gemeinsamkeit der Ziele und Ambitionen begründet, die sich dann in weitgehend ähnlichen Reaktionen auf die Herausforderung durch die revisionisti-

6 Siehe hierzu vor allem Stephen A. SCHUKER, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976; René GIRAULT, Robert FRANK, *Turbulente Europe et nouveaux mondes 1914–1941*, Paris 1988.

7 Klaus HILDEBRAND, *Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931–1941*, in: *Historische Zeitschrift* 244 (1987), S. 1–28, hier: S. 14.

8 DAVIS (wie Anm. 1).

schen Mächte manifestierte. Vor diesem Hintergrund war es viel eher die wachsende Abhängigkeit voneinander, die nicht nur die Außenpolitik Großbritanniens und Frankreichs prägte, sondern auch zeitweise entscheidend zur Verschlechterung der Beziehungen beitrug.

Die Forschungsmeinung, an der sich der Verfasser konkret abarbeitet, geht ihm zufolge davon aus, daß während der Abessinienkrise eine auf Härte ausgerichtete britische Politik auf französischen Widerstand traf, während wenige Monate später der französische Wunsch nach energischer Ahndung von Hitlers Rheinlandaktion an der britischen Zurückhaltung scheiterte. Davis vertritt demgegenüber ein nivellierteres Bild. Der Verlauf der Krise um Abessinien mache deutlich, daß die Aussicht, Italien bei Durchführung entschlossener Völkerbundssanktionen als möglichen Partner in einem wirksamen Anti-Hitler-Bündnis zu verlieren, in London kaum weniger Besorgnis hervorrief als in Paris; auch empfand man gleichermaßen wenig Sympathien für das afrikanische Land. Während man in London vorwiegend an der Sicherung des eigenen Einflußgebiets im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten gegen eine mögliche Attacke Mussolinis interessiert war, fürchtete die französische Außenpolitik unter Pierre Laval um die Fortexistenz des im Juni 1935 abgeschlossenen Militärabkommens mit Italien. Entsprechend ausgeprägt war die Bereitschaft von Briten *und* Franzosen, zu einer Verständigung mit dem Diktator auf Kosten des angegriffenen Landes zu kommen. Erst im nachhinein und zu Unrecht, so der Verfasser, wurde die Urhebererschaft am Hoare-Laval-Plan vor allem von britischer Seite alleine dem französischen Ministerpräsidenten zugewiesen. Für den Verlauf der Rheinlandkrise verweist Davis auf die Tatsache, daß Hitlers Coup die französische Seite keineswegs überraschend, doch gleichwohl ohne einen ausgearbeiteten militärischen Reaktionsplan traf. Im britischen Kabinett war man im Frühjahr 1936 in der Rheinlandfrage ohnehin zu Zugeständnissen an Deutschland bereit, falls dadurch ein deutsches Entgegenkommen in der Frage der Luftrüstung erkaufte werden konnte. *Weder* in Frankreich *noch* in Großbritannien wurde demnach ein bewaffnetes Vorgehen ernsthaft ins Auge gefaßt. Entgegen anderslautenden öffentlichen Deklarationen vor allem in Paris fehlten dazu sowohl der politische Wille als auch die militärischen Voraussetzungen.

Keine dieser Deutungen ist grundsätzlich neu⁹. Auch zielt die Arbeit nicht in erster Linie auf die Auswertung und Präsentation neuen Quellenmaterials; die Argumentation basiert vorwiegend auf bekannten britischen und französischen Akten. Gleichwohl kann Davis mit Mut zur pointierten Thesenbildung deutlich machen, daß die wachsende Abhängigkeit der britischen und französischen Außenpolitik voneinander, welche in den Jahren 1935/36 zutage trat, die auf beiden Seiten vorhandenen Tendenzen zum Handlungsverzicht gegenüber den Vorstößen Mussolinis und Hitlers eher stärkte als reduzierte. So konnte das Zögern des Ententepartners jeweils als probates Argument zur öffentlichen Rechtfertigung der eigenen Zurückhaltung dienen: »France's failure to provide adequate support served as an excuse for the British Cabinet's own decision not to support harsh sanctions; the British refusal to agree to measures to force the Germans out of the Rhineland provided the French with a justification for the decision they themselves had already reached« (S. 195).

Zweifellos schadeten die krisenhaften Ereignisse der Jahre 1935/36 der internationalen Position Großbritanniens und Frankreichs auf kaum mehr gutzumachende Weise. Die Glaubwürdigkeit des Völkerbunds und das Prinzip der kollektiven Sicherheit hatten erheblichen Schaden genommen, ohne daß es jedoch gelang, die Erklärung von Stresa zu einer festeren Zusammenarbeit gegen Hitler auszubauen. Im Gefolge der Remilitarisierung des Rheinlandes und der Errichtung deutscher Befestigungsanlagen verschlechterte sich die

9 Vgl. etwa bereits die durchaus differenzierte Darstellung der britisch-französischen Beziehungen bei Robert YOUNG, *In Command of France. French Foreign Policy and Military Planning, 1933-1940*, Cambridge, London 1978, S. 99-129. Bezeichnenderweise stützt sich Davis in seiner Kritik auf Arnold WOLFERS, *Britain and France Between Two Wars. Conflicting Strategies for Peace from Versailles to World War II*, New York 1940.

militärstrategische Position Frankreichs gegenüber seinem östlichen Nachbarn. Der militärische Rückhalt für Frankreichs Bündnissystem in Osteuropa geriet damit ins Wanken.

Wenig Aufschluß über das politische Engagement Großbritanniens und Frankreichs im Osten Europas bietet bedauerlicherweise die aus einem Promotionsprojekt an der University of Surrey hervorgegangene Arbeit von Marie-Jacqueline Powell¹⁰. Obwohl im Titel als »vergleichende Studie zur britischen und französischen Politik gegenüber Polen und den baltischen Staaten« beschrieben, gilt das Interesse der Verfasser über weite Strecken dem Prozeß der Nations- und Staatenbildung in diesen Regionen seit dem Mittelalter. Wo britische oder französische Außenpolitik thematisiert wird, eröffnet der Band kaum ansatzweise vergleichende Perspektiven; selbst vertiefte Analysen zu außenpolitischen Konzepten oder Akteuren bleiben aus. Das Literaturverzeichnis ist stark lückenhaft, archivalische Quellen werden nur in schmaler Auswahl eingearbeitet. So bleiben auch die Schlußfolgerungen der Studie dem bekannten, veröffentlichten Wissen verpflichtet. Hierzu gehört die pauschale These der Verfasser, daß die Politik der beiden Westmächte gegenüber Polen und dem Baltikum eng mit der jeweiligen Haltung gegenüber Deutschland und der Sowjetunion zusammenhing.

Daß die beschleunigte Abkehr eines Teils der osteuropäischen Bündnispartner Frankreichs im Gefolge der Rheinlandkrise zu jener diplomatischen »Trümmerlandschaft«¹¹ zählte, die die Regierung Blum im Juni 1936 vorfand, macht die Dissertation des britischen Historikers Martin Thomas deutlich¹². Er rückt die Periode der französischen Volksfrontregierungen 1936 bis 1938 in den Mittelpunkt seiner Untersuchung der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und London. Sein besonderes Anliegen ist es, das Deutungskonzept der »gouvernante anglaise« einer Revision zu unterziehen – die Auffassung also, wonach die französische Diplomatie insbesondere der dreißiger Jahre aufgrund innerer und äußerer Krisenlagen kaum imstande gewesen sei, durch unabhängige Initiativen aus dem übermächtigen Schatten der britischen Außenpolitik hervorzutreten¹³. Thomas plädiert für eine differenzierte Sicht und begibt sich dazu auf die Suche nach Strategien, Initiativen und Einschätzungen beider Seiten, die er an den wichtigen Krisenherden und Verhandlungsthemen seines Untersuchungszeitraums erprobt. Die Rheinlandkrise und der Spanische Bürgerkrieg, die ökonomischen und kolonialpolitischen Aspekte der Appeasementpolitik, die Frage der Aufrüstung oder die Gespräche über einen Westpakt geraten so nacheinander ins Blickfeld. Dabei kann der Verfasser auf der Basis einer beeindruckenden Fülle von archivalischen Quellen britischer und französischer Herkunft argumentieren. Neben Akten der einschlägigen diplomatischen Archive zählen dazu vor allem Unterlagen aus den Kriegs- und Kolonialarchiven beider Länder sowie aus zahlreichen Nachlässen von Politikern, Diplomaten und Militärs.

Thomas' Studie belegt einmal mehr die intensiven Rüstungsanstrengungen, die unter der ersten Regierung Blum in Angriff genommen wurden¹⁴. Ihr eigentliches Verdienst liegt indes darin, aufzuzeigen, daß die militärische Seite der französischen Sicherheitspolitik ihre Ergänzung in längerfristig angelegten Bestrebungen zur Revitalisierung der französisch-britischen Allianz fand. Dies war aus französischer Sicht umso nötiger, als die Genfer Abrüstungsver-

10 POWELL (wie Anm. 1).

11 Pierre RENOUVIN, La politique extérieure du premier gouvernement Léon Blum, in: DERS., René RÉMOND (dir.), Léon Blum, chef de gouvernement 1936–1937, Paris 1981, S. 329–353, hier: S. 329.

12 Thomas (wie Anm. 1).

13 François BÉDARIDA, La »gouvernante anglaise«, in: René RÉMOND, Janine BOURDIN (dir.), Édouard Daladier, chef de gouvernement, avril 1938–septembre 1939, Paris 1977, S. 228–240.

14 Dazu immer noch grundlegend: Robert FRANKENSTEIN, Le prix du réarmement français (1935–1939), Paris 1982; Martin S. ALEXANDER, The Republic in danger. General Maurice Gamelin and the Politics of French Defence, 1933–1940, Cambridge 1992; neuerdings mit Bezug auf das britisch-französische Verhältnis: Martin S. ALEXANDER, William J. PHILPOTT (Eds.), Anglo-French Defence Relations Between the Wars, Basingstoke u. a. 2002.

handlungen ebenso wie die Begleitumstände der Abessinienkrise das britisch-französische Verhältnis bis Frühjahr 1936 auf einen neuen Tiefpunkt geführt hatten. Die Außenpolitik der Volksfrontregierungen, so die Deutung des Verfassers, setzte der britischen Appeasementstrategie keinen Widerstand entgegen, folgte dabei allerdings eigenen Motiven. Weitaus skeptischer gegenüber der Effektivität der britischen Verständigungspolitik als die Briten selbst, bauten die Kabinette um Léon Blum und Camille Chautemps darauf, die britische Politik zu einem weiterreichenden *commitment* auf dem Kontinent zu veranlassen – »not by challenging British appeasement policy, but by appropriating it« (S. 55). Für den wahrscheinlichen Fall des Scheiterns eines Ausgleichs mit Deutschland, so das vom Verfasser der französischen Seite unterstellte Kalkül, bliebe Großbritannien dann gar keine andere Wahl mehr, als eine Defensivallianz mit Frankreich einzugehen (S. 234). Künftige Forschungen werden zu zeigen haben, ob die Annahme einer vorwiegend funktional begründeten französischen Appeasementstrategie für die Zeit der Volksfrontregierungen zu halten sein wird. Dank der akribischen Quellenarbeit Thomas', die vor allem aus französischen Archiven einiges neue Material zutage förderte, besitzen wir nunmehr zweifellos eine genauere Vorstellung von Motivlagen, Perzeptionen und Aktionen im britisch-französischen Verhältnis der Jahre 1936 bis 1938. Dies gilt etwa für das Projekt eines Westpakts unter Einbindung Deutschlands 1936/37, aber auch für die Ansätze zu einer gemeinsamen Appeasementpolitik auf dem Feld der ökonomischen oder kolonialpolitischen Zusammenarbeit mit Hitler. Das Bild, das so entsteht, zeigt eine verwirrende Fülle von Initiativen, die durchweg im Sande verliefen und kaum je in eine abgestimmte britisch-französische Politik einmündeten. Einen vergleichsweise hohen Grad an Konvergenz erreichte die Außenpolitik beider Länder allerdings im Bereich der Nichtinterventionspolitik während des Spanischen Bürgerkriegs. Man wird sich gleichwohl davor hüten müssen, diese von beiden Seiten unternommenen Abstimmungsbemühungen in ihrer Dichte oder in ihren Resultaten zu überschätzen. Zu keinem Zeitpunkt entwickelten die beiden Mächte während des untersuchten Zeitraums eine längerfristig wirksame, gemeinsame Strategie zur Eindämmung der Diktatoren, und zielführende Generalstabsgespräche oder koordinierte militärische Planungen setzten ungeachtet aller vorher liegenden Ansätze hierzu erst im Frühjahr 1939 ein.

Wohl die spannendste Lektüre unter den hier vorzustellenden Bänden bietet die an der University of London entstandene Dissertation von John Herman, der darin der Pariser Botschaftertätigkeit des britischen Diplomaten Sir Eric Phipps zwischen April 1937 und Oktober 1939 nachspürt¹⁵. Die Relevanz des Ansatzes ergibt sich aus dem Protagonisten selbst, gilt Phipps doch neben seinem Nachfolger in Berlin, Sir Nevile Henderson, und dem britischen Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, gemeinhin als eine der Schlüsselfiguren im Zuge der Umsetzung der britischen Appeasementpolitik. Herman differenziert diesen Befund und eröffnet zugleich instruktive Einblicke in die Praxis britischer Außenpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Die Quellenbasis der Studie ist breit: Neben einer Anzahl britischer Nachlässe wurden die einschlägigen Bestände des Foreign Office sowie eine respektable Auswahl französischer diplomatischer Akten in die Darstellung integriert.

Einer wohlhabenden, adeligen Diplomatenfamilie entstammend, verbrachte Phipps große Teile seiner Kindheit und Jugend in Frankreich, für das er zeit seines Lebens eine besondere Vorliebe hegte. So lag eine gewisse Ironie darin, daß ihn seine erste Verwendung als Botschafter 1933 ins ungeliebte Deutschland führte, bevor er im April 1937 endlich die angestrebte Berufung nach Paris erhielt. Phipps' Erfahrungen in Berlin prägten seinen Blick auf die französischen Angelegenheiten entscheidend. Denn neben seiner dezidierten Verachtung für den politischen Stil und die Ziele der französischen Volksfront war es die Überzeugung von der französischen Schwäche gegenüber Deutschland, die ihn zu einem überzeugten Parteigänger der Chamberlainschen Politik machte. Dieser Befund verdeutlicht

15 HERMAN (wie Anm. 1).

nicht nur die erstaunliche Wandlung, die der noch in Berlin als ›anti-appeaser‹ geltende Diplomat in der Folge durchlief. Er bietet zugleich den notwendigen Hintergrund zum Verständnis der außerordentlich aktiven Rolle, die Phipps als Londons Botschafter in Paris spielte. Begünstigt durch enge Beziehungen zu hochrangigen Vertretern des Foreign Office oder ins Umfeld des britischen Kabinetts, verfügte er in privilegierter Weise über Insiderinformationen. Seinerseits umging er die normalen diplomatischen Kommunikationswege gezielt, um persönliche Einschätzungen in London konkurrenzlos vortragen zu können. Dieses Verfahren trug ihm ebenso wie die einseitige Wahl seiner bevorzugten Informationsquellen in Paris – Georges Bonnet, Joseph Caillaux und Pierre-Etienne Flandin – einiges Gehör im Kabinett und bei Chamberlain selbst ein. Es führte allerdings bis Herbst 1939 auch dazu, Phipps im britischen Außenministerium den Ruf einseitiger, ja defätistischer Berichterstattung zu verschaffen. Selbst seine spätere Konversion zum Befürworter eines harten Kurses gegenüber Hitler im Laufe des Sommers 1939 konnte an der negativen Reputation, die ihm seither anhaftete, nichts mehr ändern.

Hermans Arbeit fügt dem detaillierten Bild von Chamberlains Außenpolitik der späten 1930er Jahre, das die Forschung mittlerweile erarbeitet hat¹⁶, einige interessante Nuancen hinzu. Sie legt insbesondere nahe, daß Phipps' vielfach selektive Berichterstattung aus Paris dazu beitrug, Chamberlain in seinen Ansichten über die militärische und politische Schwäche Frankreichs zu bestärken. Umgekehrt zeigt sich, mit welchem Nachdruck der britische Botschafter versuchte, auf die französische Innenpolitik einzuwirken. Sein Ehrgeiz reichte so weit, Ministerpräsident Daladier im April 1938 von der Wiederberufung des amtierenden Außenministers Joseph Paul-Boncour abzuraten, da er ihn für ›hopelessly anti-Italian‹ (S. 30) hielt. Folgt man den Einschätzungen des Verfassers, dann machte Phipps seinen Einfluß außerdem erfolgreich geltend, um die französische Politik von einem Eingreifen in Spanien gegen Franco bzw. im September 1938 zugunsten der Tschechoslowakei abzuhalten. Fraglich bleibt freilich, ob der Verfasser damit den persönlichen Wirkungskreis seines Protagonisten nicht überschätzt. Immerhin entsprach ein entsprechendes Vorgehen den offiziellen Instruktionen des Botschafters und wurde auch über andere Kanäle forciert.

Trotz der nunmehr recht detaillierten Kenntnis der Aktivitäten Phipps' als personifizierte ›English Governess‹ (S. 153) wird es wohl auf absehbare Zeit insgesamt ein problembehaftetes Unterfangen bleiben, für die französische Außenpolitik der 1930er Jahre zu einer im einzelnen stets überzeugenden Gewichtung zwischen effektiver Nachgiebigkeit gegenüber britischem Druck und autonomer Umsetzung eigener Politikentwürfe zu gelangen. Wie die hier vorgestellten Arbeiten einmal mehr indirekt deutlich machen, liegt ein Teil der Schwierigkeiten in der stark asymmetrischen Quellenlage begründet. Sie eröffnet für die französische Seite bis heute deutlich weitere Interpretationsspielräume als für die äußerst dicht dokumentierten Projekte und Überlegungen etwa des britischen Foreign Office. Zu einer grundsätzlichen Revision der nun seit mehr als sechs Jahrzehnten erarbeiteten Ergebnisse der internationalen Forschung bieten die präsentierten Studien keinen Anlaß. Mit etwas größerer Tiefenschärfe treten freilich Interessenkonvergenzen und -dissonanzen ebenso wie die von beiden Seiten eingesetzten diplomatischen Methoden zutage. So verdichtet sich der Eindruck, daß bei Berücksichtigung der nötigen chronologischen, sachlichen und personellen Differenzierungen von einer schlechterdings zu konstatierenden Abhängigkeit der französischen Außenpolitik von einer ›ligne anglaise‹ während der Krisen der 1930er Jahre keine Rede sein kann¹⁷. Die Frage nach der Existenz und Fortentwicklung einer genuin

16 Ein neueres Resümee der Positionen bietet Peter WENDE, Großbritannien 1500–2000, München 2001, S. 162–164.

17 So etwa unter Betonung eines französischen ›appeasement à contre-cœur‹ auf englischen Druck hin: Jean-Baptiste DUROSELLE, La décadence 1932–1939, Paris 1979, S. 368.

französischen Appeasementpolitik bereits seit 1935/36, die damit unter anderem angesprochen ist, harrt allerdings nach wie vor einer konzeptionell reflektierten und empirisch untermauerten, vergleichenden Untersuchung¹⁸.

18 Wichtige Hinweise und Deutungen finden sich bereits bei Robert FRANKENSTEIN, *The Decline of France and French Appeasement Policies, 1936–39*, in: Wolfgang J. MOMMSEN, Lothar KETTENACKER (Eds.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London u. a. 1983, S. 236–245; Hans F. BELLSTEDT, »Apaisement« oder Krieg. Frankreichs Außenminister Georges Bonnet und die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, Bonn 1993.